



## **Erklärung der sächsischen SPD zu den Protesten der Studierenden**

Der bundesweite Bildungsstreik bringt auch in Sachsen viele Studierende auf die Straße, die damit auf die massiven Probleme an sächsischen Hochschulen aufmerksam machen. Diese Proteste zeigen, wie weit der Unmut unter den Studierenden in den letzten Jahren gewachsen ist. Wir nehmen diese Proteste sehr ernst und schlagen konkrete politische Schritte vor, um die Situation an den sächsischen Hochschulen spürbar zu verbessern.

Auch wenn die Ziele des Bologna-Prozesses - Qualitätssteigerung, Mobilität und Berufsfähigkeit - richtig sind, muss bei der Umsetzung in Bezug auf Studienbedingungen und der Qualität der Lehre unbedingt nachgebessert werden. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge wurde sehr oft schlecht umgesetzt, weil die Inhalte der alten Diplom- oder Magisterstudiengänge einfach 1:1 auf den Bachelor übertragen wurden. Diese neuen Studiengänge sind zu stark verschult, inhaltlich überfrachtet und die Studenten werden mit zu vielen Prüfungen belastet.

Gemeinsam mit den Studierenden setzen wir uns dafür ein, dass sich die Studienbedingungen effektiv verbessern. Dabei werden wir die konstruktiven Vorschläge sächsischer Studierender zur weiteren Gestaltung des Bologna-Prozesses einbeziehen.

Die sächsische SPD unterstützt die sächsischen Studierenden mit folgenden Forderungen:

### **1. Sachsen muss mehr in Bildung investieren!**

Es ist die Verantwortung des Freistaates, genügend Studienplätze bereit zu halten und diese auf hohem Niveau abzusichern. Nur mit einer ausreichenden finanziellen und personellen Ausstattung sind die sächsischen Hochschulen in der Lage, den Bologna-Prozess qualitativ umzusetzen und in die Verbesserung der Qualität der Lehre und des Studiums zu investieren. Den höheren Anforderungen muss auch eine bessere Personalausstattung an sächsischen Hochschulen folgen.

### **2. Bildung ist ein öffentliches Gut!**

Die sächsische SPD steht für ein gebührenfreies Studium. Das gilt für den Bachelor genauso wie für den Master. Wir erteilen allen Bestrebungen, Studiengebühren über die Hintertür einzuführen - wie etwa über Langzeitstudiengebühren oder Sprachzentren - eine entschiedene Absage.

**3. Wir wollen die sozialen Rahmenbedingungen des Studiums in Sachsen weiter verbessern!**

Ein Studium muss jeder und jedem - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern - möglich sein. Neben der Studiengebührenfreiheit gehören für uns auch die finanzielle Absicherung der sächsischen Studentenwerke und ein starkes BAföG zu den notwendigen sozialen Rahmenbedingungen. Das BAföG ist das zentrale Instrument, um im Hochschulsystem tatsächliche Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Um mit der veränderten Studienstruktur (BA/MA) und dem Anspruch des lebenslangen Lernens Schritt zu halten, muss das BAföG weiterentwickelt werden. Zum Beispiel durch die regelmäßige Anpassung an die Lebensunterhaltskosten, die Förderung von Teilzeit- und (weiterbildenden) Masterstudiengängen, die Anhebung der Altersgrenze über das 30. Lebensjahr hinaus und die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwachen Familien auf dem Weg zum Abitur.

**4. Die Umsetzung des Bologna-Prozesse muss gemeinsam mit den Hochschulen und unter Beteiligung der sächsischen Studierenden kritisch geprüft und nachgebessert werden!**

Wir wollen, dass sächsische Hochschulen erst dann in Studiengänge immatrikulieren, wenn diese Studiengänge akkreditiert sind. Die Dichte der Prüfungen und die stoffliche Überlastung von Studiengängen müssen korrigiert und das Studium hin zu mehr Wahlfreiheit geöffnet werden. Wir wollen die starre Fixierung eines Bachelorstudienganges auf sechs Semester aufheben und den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium flexibler gestalten. Wenn der Wunsch besteht, muss jeder Bachelor-Absolvent und jede Bachelor-Absolventin die Möglichkeit bekommen, einen Masterabschluss zu erreichen.

**5. Wir stehen für eine starke, offene und demokratische Hochschule!**

Wer ernsthaft an besseren Lehrbedingungen interessiert ist, muss unter den Bedingungen der Hochschulautonomie die Mitbestimmung der Studierenden an den Hochschulen konsequent stärken.

Die Erklärung wurde vom SPD-Landesvorstand am 27. November 2009 einstimmig angenommen.